



FINO-Pointer 20.08.2019

## Afghanistan feiert und trauert

Reinhard Schulze (FINO)

Am 19. August 2019 feierte die politische Elite in Afghanistan den 100. Jahrestag der Unabhängigkeit. Erinnerung wird an den Frieden von Rawalpindi vom 8. August 1919, mit dem ein dreimonatiger Krieg zwischen Afghanistan und Grossbritannien beendet worden war und Grossbritannien die Souveränität und Unabhängigkeit Afghanistans anerkennen musste. Zwei Tage vor den Feierlichkeiten, am 17. August, aber war es einem IS-Mann mit dem bezeichnenden Kampfnamen Abū ʿĀṣim al-Pākistānī gelungen, sich in eine Hochzeitsfeier mit 1'200 Gästen in einem Hotel in einem südwestlich der Altstadt gelegenen Stadtteil von Kabul einzuschleichen und in die Luft zu sprengen. Die Anwesenden waren schiitische Hazara, die in dem Stadtteil eine bedeutende Minderheit bilden. In der am Sonntag publizierten Erklärung des IS-K (Abkürzung von «Islamischer Staat – Provinz Khurasan») hiess es, dass «nach Ankunft von Agenten der afghanischen Sicherheitsbehörde vor Ort Mujahidin ein geparktes Auto mit einer Sprengfalle explodieren liessen, was [beides] zum Verderben und Schädigen von 400 götzendienenden Rafiditen [Schiiten, R.S.] und abtrünnigen Agenten der afghanischen Sicherheitsbehörden führte». Dieser Anschlag zeigt, dass die Regierung 100 Jahre nach der Unabhängigkeit keineswegs die Souveränität über das Land Afghanistan behaupten kann. Selbst Stadtviertel in der Hauptstadt sind von den Sicherheitsbehörden kaum oder nur sehr schwer zu kontrollieren. Das Innenministerium musste aufgrund der fragilen Sicherheitslage die Feierlichkeiten zum Jahrestag auf die Stadt Kabul begrenzen.

Zugleich aber versicherte Nasrat Rahimi, der Sprecher des Innenministeriums, dass «die Sicherheitskräfte, einschliesslich der nationalen Polizei, des Geheimdienstes und der Armee, voll und ganz bereit sind, eine strenge Sicherheitslage zu gewährleisten». Doch kaum jemand traute diesen Versicherungen. Die mangelnde Koordination zwischen den Sicherheitskräften stehe einer effizienten Sicherheitspolitik im Weg, hiess es in Journalistenkreisen.

In den letzten Monaten hat sich der Konflikt zwischen den Taliban und den seit 2014 im Lande operierenden Einheit des ultraislamischen Kampfbunds «IS» verschärft. Die Taliban werden nicht müde, den IS als Feind aller Afghanen anzuprangern und mit allen Mitteln zu bekämpfen. Das hindert sie nicht an der Fortsetzung ihrer Angriffe auf das afghanische Militär oder die Polizei. Doch für die Leute vom IS sind die Taliban die gefährlichsten Gegner: Anfang August 2019 ergaben sich der IS-Kommandant Mawlawī Ḥabīb Raḥmān und 250 Kämpfer in den Distrikten Darzab und Qush Tepa den afghanischen Sicherheitsbehörden, in der Hoffnung, einer Gefangennahme durch die Taliban entgehen zu können. Die Feindschaft zwischen den Taliban und den IS-Kämpfern ist zwischenzeitlich zu einem regelrechten Kleinkrieg ausgewachsen. Vor wenigen Tagen wurde bei einer Explosion in den Aussenbezirken der pakistanischen Stadt Quetta Ḥāfizullāh Aḥmadullāh, der jüngere Bruder von Mullah Haibatullāh Ākhundzāda, dem obersten Führer der Taliban, getötet. Haibatullāh Ākhundzāda selbst war nicht in der

Moschee, als die Bombe hochging. Zwar hat sich der IS bislang noch nicht zu diesem Anschlag bekannt, doch dürfte für die Taliban klar sein, wer hinter diesem Anschlag steht.

Die Eskalation hängt mit der achten Runde der Friedensgespräche zwischen den USA und den Taliban in Qatar zusammen, die am 12. August zu Ende ging. Die Führung der Taliban scheint bereit zu sein, den amerikanischen Forderungen nach einer Afghanisierung des Konflikts zu entsprechen. Dies würde bedeuten, dass die Taliban das Mandat zur Bekämpfung der IS-Bünde übertragen bekämen. In Kabul wird allerdings befürchtet, dass hartgesottene Taliban dann zu den IS-Bünden überlaufen könnten. Dem IS biete sich die Chance, nun eine grosse Zahl von neuen Taliban-Kämpfern rekrutieren zu können und damit die Schlagkraft seiner 2'000–4'000 Kämpfer umfassenden Einheiten zu erhöhen.

Afghanische Politiker und Journalisten fordern daher, dass die Regierung den Friedensprozess vorantreiben müsse, um zu verhindern, dass die Taliban-Führung die Kontrolle über Teile ihrer Gefolgschaft verliert. Denn manch einer aus dem Fussvolk der Taliban werde sich gezwungen sehen, zum IS überzulaufen, weil sie aufgrund der Korruption wohl kaum materiell von einem Friedensprozess profitieren würden. Der IS-K hat sich seit 2014 vor allem in der strategisch wichtigen Provinz Nangarhar an der Grenze zu Pakistan einnisten können. Er hat manche Ausländer rekrutieren können, nicht selten Mitglieder der ultrareligiösen «Islamischen Bewegung Usbekistans», der Pakistischen Taliban (Tehrik-i-Taliban Pakistan, die allerdings nichts mit den afghanischen Taliban zu tun haben) oder ehemalige Mitstreiter aus Syrien und Irak. Primäres Angriffsziel der IS-Einheiten sind schiitische und sufische Gemeinschaften in Afghanistan, vor allem die Hazara-Gemeinden in Westkabul. Im November letzten Jahres wurde in Kabul ein mörderischer Anschlag auf eine Versammlung schiitischer Gelehrter verübt, bei dem mindestens 55 Kleriker getötet wurden. Der Anschlag auf die Hochzeitsgesellschaft am 17. August 2019, bei dem nach letzten Angaben fast 100 Menschen getötet und 200 zum Teil schwer verletzt wurden,

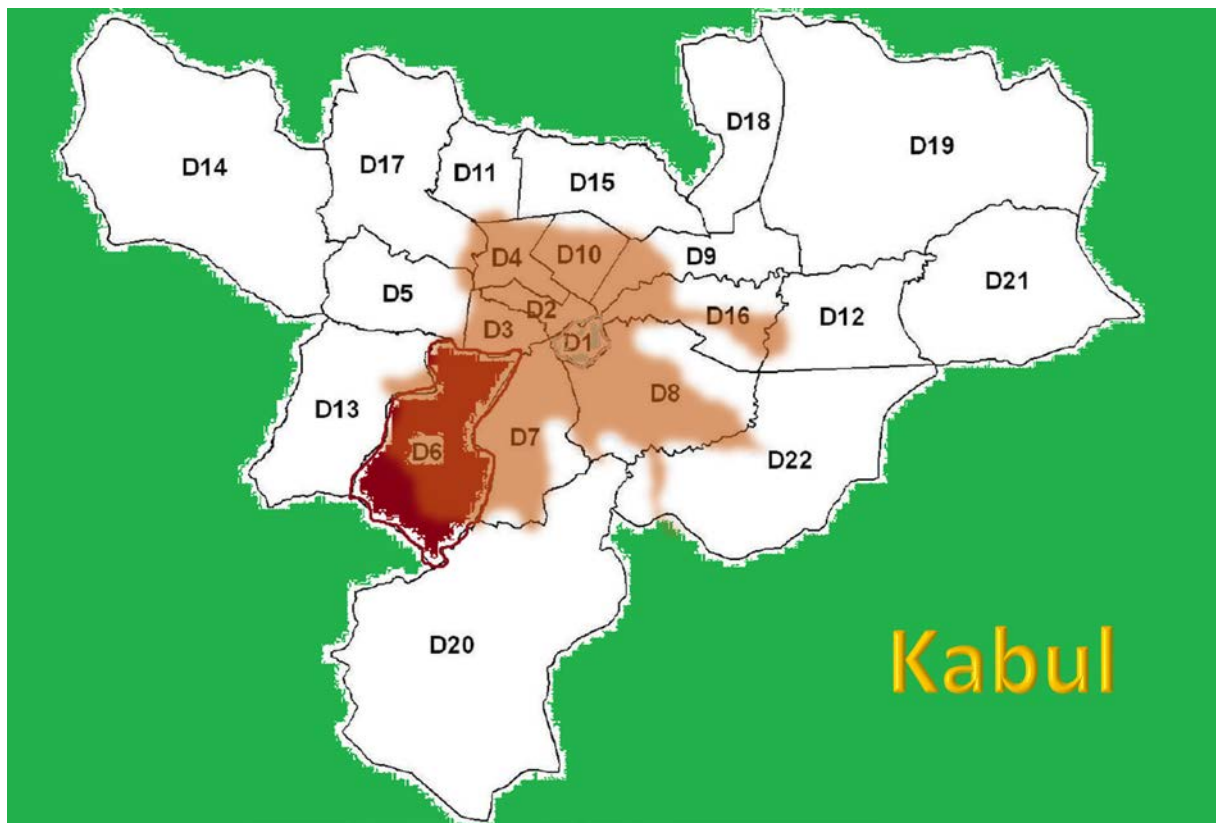
macht deutlich, dass die IS-Einheiten nun in ihrem sektenhaften Wahn keiner anderen Strategie folgen als der physischen Vernichtung der vermeintlichen «Gottesfeinde».

Die Reaktion der Regierung auf diesen Anschlag war für viele Beobachter schlicht enttäuschend. In den sozialen Medien wurde gefordert, einen nationalen Trauertag auszurufen statt den Unabhängigkeitstag zu feiern und hierfür viele 100 Millionen von Afghani (also mehrere Millionen Franken) auszugeben. Die Stellungnahme der afghanischen Regierung wirkte zumindest rhetorisch hilflos. Der Premierminister (Chief Executive Officer) 'Abdullāh 'Abdullāh liess verlauten: «Dieser tückische und barbarische Angriff ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit». Präsident Ghani brachte sofort die Taliban ins Spiel: «Die Taliban können sich nicht selbst freisprechen, da sie den Boden für solche terroristischen Aktivitäten bereiten.» Auf Foren der sozialen Medien hingegen geben Afghanen vor allem ihrer Trauer und ihrer Wut auf die Täter Ausdruck. Zurecht wird vermutet, dass der Attentäter aus Pakistan kam und dass es sich dabei um einen «Punjabi» gehandelt habe. Die Taliban distanzieren sich sofort: In Qatar erklärte der Taliban-Sprecher Suhail Shāhīn auf Twitter: «Die Explosion bei einer Zeremonie in einem Hotel in Kabul ist eine grausame und brutale Tat, die das Islamische Emirat aufs Schärfste verurteilt». Zuvor hatten die Taliban die Verantwortung für mehrere Angriffe in Kabul übernommen, die sich vornehmlich gegen das Militär und die afghanischen Sicherheitskräfte richteten. Zugleich verpflichten sie sich, mehr für den Schutz der Zivilbevölkerung zu tun, was von vielen als Versuch angesehen wird, ihre Position am Verhandlungstisch zu stärken.

Das strategische Ziel der Taliban, eine Art Frieden durch die Afghanisierung des Konflikts herbeizuführen, lässt sie mit der Regierung um die Ausmerzungen der IS-K-Gruppen im Osten des Landes wetteifern. Dies könnte ihre Legitimität, zumindest das paschtunische Afghanistan zu repräsentieren, verbessern. Die Chancen stehen nicht schlecht. Zum einen wird die Stellung der Taliban durch die amerikanische Verhandlungsposition gestärkt, die die Taliban zu einem

Aufsichtsorgan im Kampf gegen den IS und andere ultraslamische Bünde macht, zum anderen können sie geltend machen, dass sie die Hauptlast im Kampf gegen die islamistischen Ultras trügen. Andererseits ist die soziale Position der Taliban im Land deutlich schwächer geworden als in den 1990er Jahren. Die politische Elite ihrerseits ist hauptsächlich mit den für September 2019 anstehenden Präsidentschaftswahlen befasst. Ob und wie sie letztendlich stattfinden werden, steht in den Sternen. Nicht

wenige fordern die Absage der Wahl, um die Voraussetzung für eine innenpolitische Friedensordnung zu schaffen. Für viele ist diese nur unter Beteiligung der Taliban denkbar. Doch wie immer eine politische Friedensordnung in Afghanistan aussieht, wird sie nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, die komplexe soziale Ordnung im Land adäquat abzubilden.



[https://www.fino.unibe.ch/formate/fino\\_pointer/index\\_ger.html](https://www.fino.unibe.ch/formate/fino_pointer/index_ger.html)